

# Pegida & Co. – Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens<sup>1</sup>

**Dieter Rucht**

Scheinbar aus dem Nichts hat sich seit dem 13. Oktober 2014 in Dresden eine Protestbewegung mit dem Kürzel Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) gebildet. Sie fand bald Nachahmer in etlichen Städten der Bundesrepublik und auch im Ausland. Die Bewegung wuchs von Woche zu Woche und stieß auf ein überbordendes mediales Interesse. Mit ihrer 12. Montagsdemonstration am 12. Januar 2015 erreichte sie ihren quantitativen Höhepunkt mit – laut überhöhten Angaben der Polizei – 25.000 Demonstrierenden.

Von da an ging es bergab. Der Zerfall von Pegida offenbarte sich am rapiden Rückgang der Teilnehmerzahlen, am Streit der Dresdener Veranstalter mit Organisatoren von Pegida-Ablegern in anderen Orten um die richtige Linie und die Erlaubnis, den Namen Pegida zu nutzen, schließlich am internen Zerwürfnis des Dresdener „Orga-Teams“. Dieser Streit führte zum Austritt von fünf Mitgliedern des Leitungsgremiums und zur Gründung einer konkurrierenden Organisation, des Bündnisses „Direkte Demokratie für

Europa“ (DDfE). Vieles deutet darauf hin, dass Pegida & Co. bald vom politischen Markt verschwinden wird. Viel Lärm also um nichts? Nein, Pegida & Co. verdienen politische wie analytische Aufmerksamkeit – unabhängig davon, dass es sich wahrscheinlich nur um eine Episode handelt.

Im ersten Teil dieses Beitrags soll das Erscheinungsbild von Pegida samt seiner taktisch kalkulierten Mehrdeutigkeit näher betrachtet werden. Im zweiten Teil stehen die öffentlichen Reaktionen auf Pegida im Mittelpunkt. Der dritte Teil wendet sich den Tiefenströmungen zu, aus denen sich Pegida speist. Zuletzt geht es um die Frage: Was tun?

Der hier vorgelegte Beitrag kann empirisch wenig Neues bieten. Er verfolgt vielmehr den Zweck, die verstreuten Informationen zu bündeln und eine vorläufige politische Einschätzung des Phänomens Pegida zu bieten. Dies geschieht primär aus der Beobachterposition eines Forschers, der sich jahrzehntelang mit politischem Protest und sozialen Bewegungen im In- und Ausland befasst und auch eine Studie<sup>2</sup> zu Pegida initiiert hat.

<sup>1</sup> Beitrag für die Schriftenreihe „betrifft: Bürgergesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, abgeschlossen am 15. Februar 2015. Ich danke Roland Roth für hilfreiche Hinweise, die sich insbesondere auf den Schlussteil dieses Beitrags beziehen.

<sup>2</sup> [https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/01/protestforschung-am-limit\\_pegida-studie.pdf](https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/01/protestforschung-am-limit_pegida-studie.pdf)

## 1. Das Erscheinungsbild von Pegida & Co.

Die von außen sichtbare Seite von Pegida, also Pegida als Oberflächenphänomen, ist gut dokumentiert. Aufgrund einer Fülle von O-Tönen, Medienberichten und Kommentaren kann man sich ein Bild machen. Bis dato wurden zudem vier Befragungen von Pegida-Anhängern vorgelegt<sup>3</sup>, die jedoch nur einen kleinen, mit Sicherheit nicht repräsentativen Ausschnitt erfassen und insofern auch, entgegen manchen Behauptungen, kein Bild des typischen Pegida-Anhängers zeichnen können. Weiterhin liegen Analysen der Facebook-Freunde von Pegida vor. Am 20. Februar 2015 wurden dort knapp 160.000 „Likes“ (gefällt mir) verzeichnet.<sup>4</sup> Diese Analysen zeigen in aller Deutlichkeit, dass sich Pegida keineswegs als Bewegung harmloser Normalbürger\_innen verstehen lässt.<sup>5</sup> Insgesamt bietet sich ein schillerndes, teilweise widersprüchliches Bild, dessen rechtspopulistische, ausländerfeindliche und in Teilen auch rassistische Grundierung immer deutlicher hervortrat, auch wenn daneben, und insbesondere im 19-Punkte-Programm, teilweise moderate Töne angeschlagen werden. Unter Punkt 1 heißt es: „PEGIDA ist FÜR die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

und politisch oder religiös Verfolgten. Das ist Menschenpflicht!“

Über das Innenleben von Pegida ist dagegen wenig bekannt. Den Anfang bildete eine Facebook-Kommunikation von Lutz Bachmann, Initiator und bis dato wichtigste Figur von Pegida. Als Verein wurde Pegida am 14. November in Dresden gegründet und am 19. Dezember 2014 in das amtliche Register eingetragen. Zwölf Personen, die fortan – und weitgehend ohne namentliche Nennung – als „Orga-Team“ auftraten, sind Gründungsmitglieder. Lutz Bachmann wurde zum ersten Vorsitzenden, René Jahn zu seinem Stellvertreter und Kathrin Oertel als Kassiererin gewählt. Später hatte sich das Team stillschweigend auf zehn Köpfe reduziert. Abgesehen von Bachmann und Oertel, die seit Dezember 2014 auch als Pressesprecherin firmierte, aber zunächst kaum zu Interviews bereit war, blieben die Mitglieder des Orga-Teams völlig im Hintergrund. Interne Zuständigkeiten, Entscheidungsprozesse wie auch das Zustandekommen und die Autorenschaft der inzwischen drei Positionsbzw. Forderungskataloge<sup>6</sup> sind bis heute im Dunkeln geblieben.

3 Befragt wurden Pegida-Anhänger von einer Gruppe um den Dresdener Politikwissenschaftler Hans Vorländer, einer Gruppe von Berliner und Chemnitzer Sozialwissenschaftler um den Berliner Soziologen Dieter Rucht, Mitarbeiter\_innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung um den Politikwissenschaftler Franz Walter und schließlich eine Gruppe unter Leitung des Dresdener Politikwissenschaftlers Werner Patzelt.

4 Zur Zusammensetzung der Facebook-Freunde von Pegida siehe: <http://www.pegida-mag-dich.de/> sowie ZEIT-online vom 5. Februar 2015: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/wer-ist-pegida-facebook-daten>.

5 Dies ist die immer wiederkehrende Selbststilisierung der Protagonisten von Pegida. Zum Beispiel meinte Kathrin Oertel in ihrer Rede am 12. Januar 2015: „Wir sind weder radikal oder fanatisch; wir sind eine Bürgerbewegung, die montäglich ihr Recht in Anspruch nimmt und ihre Meinung mit einem friedlichen Spaziergang durch unser schönes Dresden demonstriert.“

6 Das knapp gehaltene „Positionspapier der Pegida“ wurde am 10. Dezember 2014 veröffentlicht. Es beinhaltet eine partielle Abkehr von vormalis offensiveren Forderungen, zumal der Begriff „Islamisierung“ in diesem Papier nicht erwähnt wird. Am 12. Januar 2015 wurde das Programm durch sechs Punkte ergänzt, die Bachmann als einer der Redner verkündete. Schließlich publizierte Pegida im Februar die „Dresdener Thesen“, deren zehn Punkte teilweise bisherige Forderungen in ähnlichem Wortlaut wiederholen, teilweise aber auch neue Anliegen formulieren, darunter die „Reformation der Familienpolitik sowie des Bildungs-, Renten- und Steuersystems“ sowie die „Ablehnung von TTIP, CETA und TISA und ähnlichen Freihandelsabkommen“. Diese Thesen wurden, in Anlehnung an Martin Luthers historischen Akt, von Bachmann an die Tür der Dresdener Kreuzkirche geklebt, auf Veranlassung des zuständigen Pfarrers jedoch umgehend wieder entfernt.

Auch wissen wir nur wenig über Zusammensetzung und Haltungen der Mehrzahl der Demonstrierenden. Vieles bleibt bislang Spekulation oder beruht auf fragwürdigen Verallgemeinerungen öffentlicher Aussagen aus den Reihen von Pegida oder Ergebnissen der vier bislang vorliegenden Befragungen.

Pegida & Co. treten öffentlich auf, laden zu ihren sog. „Spaziergängen“ und Kundgebungen ein, halten Reden vor ihrer Anhängerschaft, begrüßen mit jovialem Hallo die Bürger von Dresden (viel Beifall), Deutschland (viel Beifall) und Europa (sehr dünner Beifall), wollen offenkundig Sichtbarkeit und Medienresonanz. Andererseits bestand ein Alleinstellungsmerkmal der Organisatoren von Pegida darin, sich gegenüber den etablierten Medien zu verweigern, diese pauschal als „Lügenpresse“ zu beschimpfen, zunächst alle Anfragen nach Interviews zurückzuweisen und auch die Teilnehmer\_innen der „Spaziergänge“ aufzufordern, den Kontakt mit Medienvertretern zu meiden. Gerade diese ostentative Verweigerung hat das mediale Interesse enorm beflügelt und dazu geführt, möglichst viel von Pegida zu zeigen, die Biografien ihrer Organisatoren zu recherchieren und eine Fülle von Material, darunter auch ungeschnittene Bildstrecken<sup>7</sup> sowie komplette Redebeiträge, der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Auf diesem Wege war es möglich, die sich gleichsam als Massenkörper präsentierende Bewegung wie auch einzelne ihrer Gesichter – allen voran der Initiator Lutz Bachmann und die später als Pressesprecherin auftretende Kathrin Oertel – weit-

aus intensiver kennenzulernen, als dies bei anderen Protestbewegungen vergleichbarer Größe der Fall ist.

Die Auftritte von Pegida kennzeichneten eine teils kalkulierte, teils den Umständen geschuldet Mischung von Unprofessionalität und Improvisation auf der einen Seite und einer sorgsam Lenkung, Orchestrierung und Effekthascherei auf der anderen Seite. Ankündigungen von Protestveranstaltungen erfolgten fast ausschließlich über das Internet. Die Treffen begannen am frühen Abend und vollzogen sich – jahreszeitlich bedingt – in der Dunkelheit. Die logistischen Mittel waren bescheiden. Ein relativ kleiner Lautsprecherwagen diente als Bühne für die Redner\_innen. Einige von ihnen verkörperten die lokale Verankerung und figurierten als einfache Leute, die mit schlichten und zuweilen unbeholfenen Worten die Dinge auf den Punkt zu bringen suchten. Zugleich aber waren ihre Reden durchzogen von Andeutungen und Ambivalenzen, in denen das Publikum das zu Ende denken konnte, was man nicht offen auszusprechen wagte. Daneben traten gelegentlich Gastredner<sup>8</sup> auf, die an Diskurse jenseits der Stammtische anknüpften, indem sie intellektuelle Gewährsleute, etwa den Publizisten Henrik Broder, zitierten oder auch Brücken hin zu einer gesamtdeutschen, ja vermeintlich europäischen Bewegung symbolisieren sollten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Grußbotschaft, die der niederländische Islam-Kritiker Geert Wilders am 25. Januar 2015 an seine „lieben Freunde in Dresden“ richtete. Sie begann mit folgenden Worten:

„Es ist wirklich fabelhaft, was hier in Dresden passiert. Dresden zeigt, wie’s geht! Ganz Europa schaut auf Euch. Ihr seid nicht allein. Ihr seid

<sup>7</sup> Besonders instruktiv ist das Bild- und Tonmaterial, welches das politische Magazin Panorama (NDR) ungeschnitten und in einer Gesamtlänge von 68 Minuten zur Verfügung stellte (siehe: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Kontaktversuch-Luegenpresse-trifft-Pegida-,pegida136.html>). Darin enthalten ist auch ein Interview mit einer Person, die sich als Anhänger von Pegida ausgab, aber später als ein Journalist des TV-Kanals RTL enttarnt wurde.

<sup>8</sup> Siehe: <http://www.epochtimes.de/Pegida-Demo-Dresden-Geert-Wilders-Gruss-am-2501-Ganz-Europa-schaut-auf-Euch-a1216807.html>.

Teil von etwas ganz Großem – in Deutschland, in Holland, in ganz Europa. Ihr erfüllt die Hoffnung vieler. Ihr seid die Stimme des Volkes gegen die Eliten. Ihr seid das Volk!“

Mit Blick auf die Publikumsreaktionen während diverser Reden waren neben Beifall, Buh-Rufen und abwertendem Gelächter (z.B. bei einem Hinweis auf „die Generalsekretärin der SPD mit dem unaussprechlichen Namen“) die immer wieder aufkommenden Sprechchöre mit den Hauptbotschaften „Wir sind das Volk“ und „Lügenpresse“ zu hören. Diese Äußerungen erfolgten zum Teil spontan als Unterbrechung oder Begleitmusik der Reden. Teilweise reagierten sie auch auf den Stimulus einer bewusst gesetzten Kunstpause, welche einer markigen Aussage folgte.

Den Reden während der stationären Auftaktversammlung (in der Regel auf einer großen gräsernen Freifläche in der Nähe der Innenstadt) folgte ein Demonstrationszug, dessen Wegstrecke – wohl wegen zu befürchtender Gegendemonstrationen – meist vorab nicht bekannt gegeben wurde. Die Ansage lautete: „Wir bitten Euch, dem Führungsfahrzeug der Polizei zu folgen und Anweisungen der Polizei zu beachten.“ An der Spitze des Zuges wurde ein Fronttransparent mit der Aufschrift „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden!“ getragen. Dicht dahinter folgten die „Offiziellen“ sowie der „harte Kern“ von Pegida, bestehend aus Gruppen von Männern zumeist mittleren Alters, deren Outfit und Auftreten sie als „Rechte“, Fußballfans bzw. Hooligans bzw. als Machos erkennen ließ. Zur Mitte und vor allem gegen Ende des Zuges hin lockerte sich das Bild insofern auf, als auch Frauen, ältere Ehepaare und eher „bürgerlich“ erscheinende Personen vertreten waren. Gelegentlich wurden auch Fackeln getragen. Am Rande stehende Personen und insbesondere Presseleute wurden teilweise ignoriert, teilweise aber auch misstrauisch beäugt oder mit aggressiven

Äußerungen und Gesten bedacht. Gelegentlich verdeckten Demonstrierende die Objektive von Foto- und Filmkameras oder stießen ihnen entgegengereckte Mikrofone zur Seite.

Auffällig war die große Zahl von mit Armbinden gekennzeichneten Ordnern (darunter einige wenige Frauen), die sich bei der stationären Kundgebung unter die Demonstranten mischten und den Marsch auf beiden Seiten flankierten. Zudem waren auch optisch als solche nicht gekennzeichnete Ordner im Einsatz, die untereinander kommunizierten.

Dem Marsch, der bei den meisten Veranstaltungen wieder zum Ausgangspunkt zurückführte, folgte in der Regel eine Abschlusskundgebung mit weiteren Reden, bevor sich die Versammelten auf den Heimweg machten.

Die Teilnehmer\_innen der Veranstaltungen präsentierten sich sowohl bei den Kundgebungen als auch beim Marsch als ein relativ dicht gepackter kollektiver Körper, von dem, nach Wahrnehmung unserer zahlreicher Beobachter\_innen, sowohl ein Signal der Ruhe und Disziplin als auch der Bedrohung ausging. Es gab kaum lockere Grüppchen oder Zonen des Übergangs hin zu den Neugierigen. Während des Marsches wurden am Rande laufende Personen immer wieder von Ordnern dazu gedrängt, sich in den Zug einzureihen.

Dieses weitgehend uniforme Erscheinungsbild der Montagsspaziergänge wurde bis zum 12. Januar, dem Tag des stärksten Aufmarsches in Dresden<sup>9</sup>,

<sup>9</sup> Die Dresdener Polizei sprach von 25.000 Teilnehmer\_innen, Lutz Bachmann sogar von 40.000. Auf Basis durchaus divergierender Schätzungen mehrerer unserer Beobachtergruppen kamen wir dagegen auf eine Zahl von rund 17.000 Pegida-Demonstrierenden an diesem Tag (vgl. Dieter Rucht: Wie viele haben demonstriert? Ein Dossier aus aktuellem Anlass, <http://protestinstitut.eu/2015/01/23/wie-viele-haben-demonstriert/>). Eindeutig rechtsradikale Kundgebungen versammelten in der Bundesrepublik bislang kaum mehr als 5.000 bis 7.000 Menschen, so etwa bei den Demonstrationen gegen die

beibehalten. Die Bewegung hatte von Woche zu Woche an Zulauf gewonnen. Ein Redner zählte an diesem Abend „aktuelle“ Ableger in 31 deutschen Städten bzw. Regionen auf und kündete den Aufbau weiterer Gruppen an. Zudem wurde in der Presse von Pegida-Initiativen im Ausland berichtet. Zu lesen war Mitte Februar 2015 von Bestrebungen zur Gründung von Pegida-Ablegern bzw. öffentlichen Auftritten in der Schweiz, Österreich, Belgien, den Niederlanden, Schweden, Norwegen und Großbritannien. Allerdings blieb es bislang bei kleinen Demonstrationen. So versammelten sich beispielsweise bei einer ersten Pegida-Kundgebung im schwedischen Malmö am 9. Februar nur gut 30 Personen. Ihnen standen rund 4.000 Menschen unter dem Motto „No Pegida Sweden“ gegenüber (die tageszeitung vom 11.02.2015, S. 10).

Mit der Zahl der Pegida-Ableger hatte sich auch die der Gegenveranstaltungen immer weiter erhöht, wobei sich eine signifikante Ost-West-Differenz abzeichnete. Um Mitte Januar 2015 rechneten noch fast alle Beobachter und wohl auch die Organisatoren in Dresden mit einem weiteren Zuwachs von Pegida & Co., während kaum jemand den Höhepunkt der Bewegung als bereits erreicht oder gar überschritten sah.<sup>10</sup>

---

Wehrmachtsausstellung in München am 1. März 1997 mit rund 5.000 Demonstrierenden (und etwa doppelt so vielen Gegendemonstranten; siehe: Marcus Buschmüller: Proteste gegen die extreme Rechte in München, in: Zara S. Pfeiffer (Hrsg.): Proteste in München seit 1945. München: Volk Verlag 2011, S. 241-251, hier S. 244) sowie einer NPD-Kundgebung am 1. Mai 1998, bei der „der NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold 7.000 vorwiegend jugendliche deutsche Patrioten in Leipzig begrüßen“ konnte (siehe: <http://www.npd-leipzig.net/wir-uber-uns/>).

10 Diese erklärtermaßen gewagte Perspektive, die ich am Ende der Pressekonferenz am 12. Januar 2015 in Antwort auf die Frage eines Journalisten vertrat, geriet zu einer der medialen Hauptbotschaften über diese Veranstaltung, zumal sie von der Presseagentur dpa in den Vordergrund gerückt wurde.

In den nachfolgenden Tagen und Wochen überschlugen sich die Ereignisse. Der Auftritt von Kathrin Oertel, die bereits zuvor zur Pressesprecherin von Pegida gekürt worden war, bei der Talksendung von Günther Jauch am 18. Januar signalisierte den Bruch mit der Verweigerungshaltung gegenüber den Medien. Die für den Folgetag anberaumte Pegida-Veranstaltung wurde von den Behörden „aus Sicherheitsgründen“ abgesagt. Den Hintergrund dafür bildeten der Terroranschlag gegen Charlie Hebdo sowie eine nicht weiter konkretisierte Bedrohung der Person von Lutz Bachmann. Die zunächst für Montag, den 26. Januar, angekündigte Pegida-Veranstaltung wurde kurzfristig von den Organisatoren auf den Sonntag Nachmittag vorgezogen, da zeitgleich zur ursprünglich geplanten Veranstaltung ein breites Gegenbündnis eine politisch ausgerichtete Musikveranstaltung mit prominenten Künstlern annonciert hatte.<sup>11</sup> Der Zulauf zu diesem bunten Treffen übertraf mit rund 22.000 Teilnehmern (Polizeiangabe) den der Pegida-Demonstration mit 17.300 Teilnehmern (Polizeiangabe). Damit war gleichsam der Bann gebrochen, zumal Pegida an anderen Orten, mit Ausnahme von Leipzig, kaum in nennenswertem Ausmaß Fuß zu fassen vermochte und sich Gegenprotest selbst an Orten regte, wo Pegida-Ableger bislang weder angekündigt, geschweige denn öffentlich aufgetreten waren.

Bereits in dieser Phase waren Konflikte zwischen den Organisatoren in Dresden und denen an anderen Orten – insbesondere Pegida in Leipzig – aufgekommen, wo in deutlich höherem Maße als in Dresden rechtsradikale Personen und Grup-

---

11 Nicht ohne einen seltenen Anflug von Ironie begründeten die Pegida-Organisatoren die Vorverlegung damit, dass auch ihrer Anhängerschaft die Teilnahme an der musikalisch attraktiven Gegenveranstaltung ermöglicht werden solle. Die Gegenveranstaltung wurde organisiert vom Verein „Dresden – Place to be“ unter dem Motto „Offen und bunt – Dresden für alle“ vor der Frauenkirche.

pen das Geschehen beeinflussten. Diese Differenzen führten u.a. zu dem hilflosen Bemühen Bachmanns, mögliche Pegida-Ableger durch die Dresdener Stammorganisation zu zertifizieren und damit auf Linie zu bringen. Auch zwischen solchen Ablegern, etwa Dügida (in Düsseldorf) und Duigida (Duisburg), kam es zu ideologischen Auseinandersetzungen.

Am 27. und 28. Januar wurden die schon zuvor schwelenden Konflikte im Dresdener Orga-Team öffentlich gemacht, die sich nicht zuletzt auf die dubiose Person und exponierte Rolle von Lutz Bachmann bezogen hatten. Nachdem schon Wochen zuvor die imposante kriminelle Karriere Bachmanns bekannt geworden war, sorgten nun ein Foto Bachmanns mit Hitler-Bart sowie seine verächtlichen ausländerfeindlichen Einträge im Facebook-Netzwerk für Empörung und zogen noch laufende Ermittlungen gegen Bachmann wegen Volksverhetzung nach sich. Diese Vorgänge hatten bereits am 21. Januar zu Bachmanns Rücktritt aus der ersten Reihe der Pegida-Organisatoren geführt, aber die Lage nicht beruhigt, zumal Bachmann hinter den Kulissen an seinem Führungsanspruch festzuhalten schien. Am 25. Januar trat Frank Ingo Friedemann als Mitglied des Vorstands zurück. Ihm folgten zwei Tage später Achim Exner, René Jahn, Bernd-Volker Lincke, Kathrin Oertel und Thomas Tallacker. Jahn, bislang zweiter Vorsitzender des Vereins, äußerte am 28. Januar gegenüber der Zeitung „Bild“: Mit diesem Nazi-Zeug und den rechten Äußerungen möchte ich nichts zu tun haben.“ Somit hatte sich der Vorstand auf fünf Personen – Bachmann, seine Gattin, Tom Balazs, Stephan Baumann und Siegfried Däbritz – verkleinert. Wegen „Uneinigkeit“ wurde die nächste anstehende Montagsdemonstration am 2. Februar abgesagt. Nun kam auch die Frage auf, ob es am darauf folgenden Montag zwei konkurrierende Demonstrationen geben werde.

Bereits am 2. Februar gaben die Abtrünnigen die Gründung ihres Vereins *Direkte Demokratie für Europa* bekannt. Die neue Gruppe positioniert sich „rechts neben der CDU“, versteht sich als bürgernah und konservativ und will vor allem mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie verwirklichen. Die erste öffentliche Protestveranstaltung des Vereins fand unter Beteiligung von rund 500 Menschen am Sonntag, den 8. Februar, am Dresdener Neumarkt statt. Im Mittelpunkt stand eine etwa 17-minütige, vom Blatt verlesene dröge Rede der Galionsfigur Kathrin Oertel. Darin spielte das Thema Islamisierung keine Rolle mehr. Zugleich wurde aber betont, man sei „keine Gegenveranstaltung zu Pegida“ und wisse sich in den Zielen einig, wenngleich man fortan unterschiedliche Mittel und Wege wähle.<sup>12</sup>

Am folgenden Tag fand in Fortsetzung der Montagsdemonstrationen die Protestkundgebung der verbliebenen Pegida-Organisatoren statt, an der sich nun allerdings nur noch rund 2.000 Menschen beteiligten (5.000 waren bei den Behörden angemeldet). Lutz Bachmann, der vor der Spaltung des Orga-Teams in die zweite Reihe zurückgedrängt worden war, trat nun erneut als erster und zugleich Hauptredner auf und bekräftigte die bereits früher eingeschlagene Linie. Seine ausländerfeindlichen Sprüche („gelumpe“, „drecksack“, „viehzeug“), die im Internet kursierten, seien verkürzt wiedergegeben worden. Im Übrigen habe er lediglich Worte gewählt, von denen er sicher sein, das sie „jeder, wirklich jeder von uns schon einmal am Stammtisch benutzt hat“. Tatjana Festerling, die zuvor als AfD-Politikerin in Hamburg hervorgetreten war und Sympathien für die Kölner „Hooligans gegen Salafisten“ bekundet hatte, beklagte in ihrer Dres-

12 Die komplette Rede von Oertel wurde als Video vom Mitteldeutschen Rundfunk ins Netz gestellt: [http://www.mdr.de/sachsen/ddfe-premiere100\\_zc-f1f179a7\\_zs-9f2fcd56.html](http://www.mdr.de/sachsen/ddfe-premiere100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html).

dener Rede die in der Öffentlichkeit herrschende „Nazi-Paranoia“.

Damit sind die Weichen für eine absehbare Zukunft gestellt. Die zuvor nur scheinbar geeinten zwei Flügel der Pegida-Bewegung haben sich heillos zerstritten und organisatorisch verselbstständigt.

Der „harte“, explizit ausländerfeindliche, rechtsradikale und rassistische Kern wird versuchen, seine Linie fortzusetzen und zugleich den Protest bundesweit in die Fläche zu tragen. Dieses Unternehmen wird sich für einige Zeit und unter regional sehr unterschiedlichen Konstellationen fortsetzen, aber voraussichtlich keine Massenbasis finden. Es fällt auf, dass die Organisatoren, die bislang die Zahlenangaben der von ihnen so hoch gelobten Polizei kommentarlos übernommen hatten, zunehmend mit eigenen und weitaus übertriebenen Zahlen aufwarten. Mit Blick auf den „15. Montagsspaziergang“ am 16.

Februar 2015 sprach die Polizei von 4.300, Bachmann dagegen von 10.300 Demonstrierenden.

Der sich moderat, bürgernah, rechtspopulistisch und prodemokratisch gebende „weiche“ Kern läuft programmatisch und organisatorisch gleichsam ins Leere, weil die Forderungen nach „mehr Demokratie“ seit Jahrzehnten zum Kernbestand linker und links-alternativer Gruppierungen gehören, dort aber von einer gut gebildeten, aktivistischen und infrastrukturell abgestützten Basis getragen werden, die sich mit rechtspopulistischen Ansinnen nicht gemein machen wird. Es ist somit wahrscheinlich, dass ein Teil des derzeit aufgewühlten rechtspopulistischen Wassers auf die parteipolitische Mühle der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) gelenkt wird, aber keinen starken außerparlamentarischen Druck zu entfalten vermag. Pegida & Co, nicht jedoch die sie speisenden Unterströmungen (siehe Abschnitt 3.), nähern sich damit ihrem Ende.

## 2. Die öffentlichen Reaktionen

In Relation zur insgesamt doch eher bescheidenen Stärke von Pegida (die Lichterketten gegen rechtsradikale und ausländerfeindliche Bestrebungen Ende 1992/Anfang 1993 brachten in einzelnen Städten jeweils Hunderttausende von Menschen auf die Straße) fällt auf, welche enorme Beachtung Pegida in den bundesdeutschen und auch ausländischen Medien fand und wie viele Vertreter der etablierten Politik Pegida kommentierten. Die außergewöhnliche öffentliche Resonanz, die Pegida & Co. zuteil wurde, ist somit nicht durch die Größenordnung der Demonstrationen erklärbar. Sie verdankt sich vielmehr drei Umständen:

Erstens bringt Pegida eine weit verbreitete Stimmungslage zum Ausdruck, die sich bislang primär in repräsentativen Umfragen und wissen-

schaftlichen Studien, aber nur selten in einer markanten Protestbewegung gezeigt hatte. Die gelegentlich vorgenommene Zuschreibung als „Wutbürger“, die in diskreditierender Weise und seltsamer Verquickung für die Protestierenden gegen das Projekt Stuttgart 21 und die aggressiv auftretenden Befürworter der Ideen von Thilo Sarrazin vorgenommen wurde<sup>13</sup>, ist insofern zutreffend, als es Pegida gelungen ist, zumindest vorübergehend eine diffuse Stimmung in einen kollektiv repräsentierten und lautstark artikulierten Protest zu verwandeln. In der Tat wurde viel Bauchgefühl, viel Wut zum Ausdruck gebracht.

<sup>13</sup> Der Begriff erlangte mit dem Essay „Der Wutbürger“ des Spiegel-Journalisten Dirk Kurbuweit Breitenwirkung (Der Spiegel vom 11.10.2010, S. 26-27). Später wurde der Begriff von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2010 gekürt.

Die sachliche und fachliche Argumentation, welche die Gegner des Projekts Stuttgart 21 vortrugen, wurde im Falle von Pegida durch dunkle Andeutungen ersetzt.

Zweitens ist Pegida – weitgehend ungewollt – durch die mediale Berichterstattung aufgewertet worden, was das Selbstbewusstsein von Organisatoren wie Anhängerschaft gestärkt und für weiteren Zulauf gesorgt hat. Die anfängliche Verweigerung der Organisatoren von Pegida, mit Presseleuten zu sprechen, hat das mediale Interesse beflügelt und sowohl die Sensationslust als auch den investigativen Ehrgeiz der Medien angestachelt. Pegida wurde in kurzer Zeit eine bundesweit bekannte politische Marke.<sup>14</sup> Für die politische Talksendung von Günther Jauch, die sich am 15. Dezember 2014 unter dem Titel „Frustbürger und Fremdenfeinde – wie gefährlich sind die neuen Straßen-Proteste?“ mit Pegida befasste, war es nicht gelungen, auch nur ein einziges Mitglied des „Orga-Teams“ zur Teilnahme an der Diskussion zu bewegen. Kurz danach ereignete sich mit der Benennung von Kathrin Oertel als Pressesprecherin der erste „Sündenfall“. Dem folgte die Teilnahme Oertels an einer weiteren Talksendung mit Günther Jauch am 18. Januar 2015 (mit rund fünf Millionen Zuschauer\_innen) und eine hochgradig umstrittene Pressekonferenz am 19. Januar 2015 in den Räumen der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.<sup>15</sup> Hieran beteiligte sich nicht nur Oertel, sondern auch

– erstmals in einem Sakko und damit demonstrativ „bürgerlich“ auftretend – Lutz Bachmann.

Hand in Hand mit dem medialen Interesse ist Pegida auch durch Reaktionen der etablierten Politik befördert worden, gleich ob auf dem Weg einer scharfen Ab- und Ausgrenzung oder des Bemühens, auf die berechtigten Verunsicherungen und Nöte des „kleinen Mannes“ dialogisch-paternalistisch einzugehen. Wann hat eine eher kleine Protestbewegung schon ihren Niederschlag in einer Neujahrsansprache gefunden? Wann hat sich der Vorsitzende einer Volkspartei bemüht gefühlt, außerhalb des Wahlkampfes und ostentativ als „Privatperson“ auftretend, die Sorgen derer anzuhören, die sich angeblich mit erklärten Rechtsradikalen und Ausländerfeinden nicht gemein machen wollen, aber gleichwohl vor, neben und hinter deren Transparente stellen, auf denen Sprüche wie „Islam = Karzinom“ zu lesen sind, und die Redner\_innen beklatschen, welche die Islamisierung des Abendlandes nicht als drohende Gefahr, sondern als bereits in vollem Gange begreifen? Als Beleg dafür wurde unter anderem auf die Verletzung von deutschen Friedhofsvorschriften hingewiesen, welche die Bestattung von Toten in Särgen (anstatt in Tüchern nach muslimischem Brauch) vorschreiben würden.<sup>16</sup> Der fiebrige Erregungspegel<sup>17</sup> der etablierten Politik verdankt sich auch dem Umstand, dass Pegida und Co. den wahlpolitischen Aufstieg der AfD befördern und damit zu einer Verschiebung der Markt- und Machtanteile im Parteienspektrum beitragen könnte. Hinzu kommt die Sorge um „Reaktionen aus dem Ausland“, welche mit Blick auf rechtsradikale Tendenzen in Deutschland besonders kritisch auszufallen pflegen. Manche Anhänger von Pegi-

14 Dies war den Veranstaltern durchaus bewusst. So meinte Lutz Bachmann in einer Pressekonferenz am 19.1.2015: „Wir werden unseren Namen nicht ändern.“ Zwar reichten inzwischen die Ziele von Pegida über das Thema Islamisierung hinaus, doch sei Pegida „inzwischen eine Marke geworden“.

15 Frank Richter, Leiter der Landeszentrale, zeigte viel Verständnis für Pegida und bot sich mehrfach als Mittler für Gespräche an. In der TV-Diskussion bei Günther Jauch am 15. Dezember 2014 meinte er: „Meiner Wahrnehmung nach sind neunzig Prozent der dort Mitlaufenden tatsächlich besorgte Bürger, die sich viele Gedanken machen.“

16 So der Journalist Udo Ulfkotte bei seiner Rede am 5. Januar 2015 in einer Passage zur „Islamisierung auf Friedhöfen“ (siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=98A9aNFfEyI>).

17 Vgl. dazu den Kommentar von Simon Teune „Im Pegida-Fieber“ (Süddeutsche Zeitung vom 28.1.2014, S. 2).

da, zumal diejenigen, die politische Novizen sind, konnten sich so zumindest vorübergehend als Nabel der bundesdeutschen Politik begreifen.

Schließlich hat Pegida auch durch die zahlreichen Gegendemonstrationen – sicherlich wider die Intention der Beteiligten – eine Aufwertung erfahren und damit wiederum die Aufmerksamkeit der Medien und der etablierten Politik weiter gesteigert. Gespannt wurden jeweils die aktuellen Zahlen von Demonstrationen und Gegendemonstrationen verfolgt, die oft Pegida zum Nachteil reichenden Proportionen ausgerechnet, auch das Ost-West-Gefälle betont und über dessen Gründe gerätselt. Es bleibt festzuhalten, dass Pegida & Co. lediglich an einigen Orten in den neuen Bundesländern nennenswerten Zulauf erhalten haben, während in den alten Bundesländern die Zahl der Gegner\_innen bei Weitem die der Anhänger\_innen überwog. Presseberichten zufolge demonstrierten am 12. Januar 2015 in 13 westdeutschen Städten 66.150 Menschen gegen Pegida, während lediglich 1.780 Personen für Pegida auf die Straße gingen.<sup>18</sup> Ähnliche Relationen ergaben sich für Berlin. Aber auch im Osten des Landes war die Gegenmobilisierung zeitweise beachtlich. Am 12. Januar wurden in sechs ostdeutschen Städten knapp 30.000 Pegida-Anhänger und knapp 43.000 Personen auf der Gegenseite verzeichnet.<sup>19</sup>

Insgesamt haben die Aktivitäten von Pegida & Co. zwei politisch entgegengesetzte Entwicklungen verdeutlicht. Erstens wurde sichtbar, dass in der deutschen Bevölkerung, und beileibe nicht nur dort, ein Potenzial vorhanden ist, das ausländerfeindlichen, rechtspopulistischen<sup>20</sup> und

rechtsextremen Ideen zuneigt und unter bestimmten Konstellationen und dank des Deutungs- und Mobilisierungsangebots von politischen Unternehmern für selbstbewusste öffentliche Auftritte mobilisierbar ist. Die sehr variable Größe und Dynamik dieser öffentlichen Auftritte lässt allerdings keine Rückschlüsse auf den Umfang des vorhandenen Potenzials zu. Es ist durchaus möglich, dass unter besonderen Umständen, etwa dem Auftreten einer charismatischen Führungsfigur, einer günstigen politischen Gelegenheitsstruktur und eher zufälligen, eskalierend wirkenden Ereignissen, ein weitaus größerer Teil dieses ansonsten schlummernden Potenzials aktivierbar ist und, über disziplinierte Protestkundgebungen hinausgehend, sich in enthemmter, aggressiver und handgreiflicher Weise Bahn brechen kann, wie dies in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 oder bei den jüngsten Kölner Ausschreitungen der „Hooligans gegen Salafisten“ im Oktober 2014 der Fall war. Vorläufigen Statistiken der Polizei zufolge summierte sich die Zahl der Attacken und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2014 auf 150, wobei eine besondere Steigerung in den letzten drei Monaten des Jahres – also der Phase der aufkommenden Pegida-Bewegung – zu verzeichnen war. Auf dieses Quartal entfiel die Hälfte aller Vorfälle des Jahres.<sup>21</sup>

---

Rechtspopulismus „the division of the nation into an overwhelming majority of ‚plain people‘, on the one hand, and a relative handful of very un-plain, very sophisticated, very scheming conspirators, on the other.“ (George McKenna: *American Populism*. New York: Capricorn Books 1974, S. xii). Siehe auch Karin Priester: *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt/Main: Campus 2012.

18 Die Zahlen stammen aus der tageszeitung (14.1.2015, S. 2). Davon etwas abweichende Zahlen berichtete der Focus (5/15 vom 24.1.2015, S. 24), nach denen sich für sechs westdeutsche Städte eine Relation von 57.500 Menschen gegen Pegida vs. 2.250 für Pegida errechnen lässt. 19 Focus, siehe Fußnote 18.

20 Es gibt auch einen linken Populismus. Während dieser eher vom Klassengedanken ausgeht, behauptet der

21 [http://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-mehr-angriffe-auf-fluechtlingsheime.1818.de.html?dram:article\\_id=311241](http://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-mehr-angriffe-auf-fluechtlingsheime.1818.de.html?dram:article_id=311241). Die Zahlen wurden in einer Antwort der Bundesregierung aufgrund einer Anfrage der Linksfraction im Bundestag genannt. Während es 2012 nur 24 solcher Fälle gab, waren es 2013 schon 58 und im folgenden Jahr 150.

Zweitens haben die Auftritte von Pegida & Co. aber auch lose vernetzte zivilgesellschaftliche Gegenkräfte auf den Plan gerufen, die in den Straßen und in anderen öffentlichen Räumen

Flagge zeigen und teilweise auch konkrete Unterstützungsleistungen für Migrant\_innen und insbesondere Asylbewerber\_innen organisieren.

### **3. Tiefenströmungen**

Beunruhigend, so meine These, ist nicht die insgesamt doch eher bescheidene Größenordnung der Pegida-Protteste. Es sind vielmehr zwei andere Aspekte: Erstens ist es, als Oberflächenerscheinung weithin sichtbar, das Selbstbewusstsein und die Chuzpe, mit denen sich die Anhängerschaft als Stimme des Volkes („Wir sind das Volk“) präsentiert, Werte wie Heimat (Plakat „Ein Volk, eine Heimat, eine Nation“), Tradition („Erzgebirge, Land der Tradition“), Christentum („Dresdener Christen grüssen die Pegida“) und Identität für sich reklamiert („Das Bekenntnis zum eigenen Land, zur eigenen Kultur und Identität muss selbstverständlich werden und sein und darf niemals in eine Verächtlichmachung gedrängt werden.“). Zugleich wird die politische Umwelt, „das System“ in toto, als unfähig, autistisch, realitätsblind, lügnerisch, korrupt usw. beschrieben (Plakate: „BRD = DIKTATUR“, „Auflösung der EU-Diktatur“). Zweitens, und weit aus bedeutsamer, ist auf die Existenz von eher latenten, aber dennoch wirkmächtigen Tiefenströmungen hinzuweisen, die unabhängig von je spezifischen Themenkonjunkturen und öffentlichen Auftritten seit Jahrzehnten Bestand haben, wohl auch auf längere Sicht fortbestehen werden und in Teilen erneut reaktivierbar sind. Drei solcher Faktorenbündel sind zu nennen:

#### **Relative Deprivation**

Viele Menschen sehen ihren ökonomischen und sozialen Status bedroht. Die Sorgen um ihren Arbeitsplatz, um bezahlbare Mieten, um eine auskömmliche Rente, um die Zukunft ihrer

Kinder schaffen ein Klima der Verunsicherung. Zugleich wachsen Unzufriedenheit und Empörung angesichts der Tatsache, dass die ohnehin Reichen und Privilegierten zulasten aller übrigen sozialen Schichten sich auf legalen wie illegalen Wegen weitere Vorteile verschaffen. Nicht die im Vergleich zu anderen westlichen Ländern insgesamt günstige ökonomische Lage Deutschlands, sondern vielmehr die Befürchtung einer Verschlechterung der eigenen persönlichen Situation, die Wahrnehmung einer wachsenden, nicht auf Leistung beruhenden sozialen Ungleichheit und einer insgesamt ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bilden eine Schicht der Strömungen, die Pegida, aber auch linke und linksradikale Mobilisierungen antreibt.

#### **Orientierungslosigkeit**

Die Wahrnehmung eines Zerfalls sozialer Ordnung, eines Pluralismus von konkurrierenden Werten, einer Verschiebung vertrauter politischer Koordinaten, eines sich beschleunigenden kulturellen Wandels im Zeichen von Globalisierung und Migrationsbewegungen, schließlich die Undurchsichtigkeit von Prozessen der internationalen Ökonomie und Politik begünstigen ein Verlangen nach Fixpunkten, welche Eindeutigkeit, Stabilität und Halt versprechen. Diesem Bedarf kommen bestimmte politische Unternehmer entgegen, deren Spektrum von populistischen Agitatoren über Nazis bis zu Verschwörungstheoretikern reicht. Sie nutzen den

„populist moment“<sup>22</sup>, bieten die gesuchten einfachen Erklärungen, identifizieren Schuldige und schlagen einfache, dem „gesunden Menschenverstand“ verpflichtete Lösungswege vor, in denen Grautöne, Ambivalenzen und Kompromisse keinen Platz finden. Damit kommt es zu einem tiefen Misstrauen und schließlich einer ostentativen Missachtung all jener Kräfte, die für Uneindeutigkeiten, Differenzierungen, Abwägungen und Komplexitäten stehen, also namentlich den politischen, ökonomischen und intellektuellen Eliten, die – vermeintlich oder tatsächlich – auf das einfache Volk herabschauen und ihre Zuständigkeit, ihre Sach- und Fachkunde, ihren Einblick in die Komplexität der Verhältnisse und die Logik von Sachzwängen hervorheben. Die Figuren des Politikers, des Bankers, des Experten und sogar des Journalisten geraten damit zum Objekt der Verachtung. „Wir sind das Volk“ lautet die trotzig-parole, welche, im Falle einer ostdeutschen Verankerung von Pegida, die Parallele zwischen den Politbonzen der DDR und der „politischen Klasse“ der heutigen Bundesrepublik suggerieren soll. Diese schroffe Gegenüberstellung von „wir da unten“ und „die da oben“ bildet das Herzstück jeglichen Populismus. Paradoxerweise kann dieser durchaus mit der kritiklosen Anerkennung von Führungsfiguren einhergehen, welche sich allerdings, und sei es auch nur bloß rhetorisch, als authentische Fürsprecher des Volkswillens darstellen müssen.

22 Vgl. Laurence Goodwyn: *The Populist Moment: A Short History of the Agrarian Revolt in America*. Oxford: Oxford University Press. Dubiel bemerkt dazu: „In solchen sozialgeschichtlichen Momenten geschieht es, daß die kollektiven Kränkungerfahrungen, die Statusängste und die frustrierten Glückserwartungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen aus den etablierten Diskursen und Legitimationsmustern gleichsam herausfallen und den Status vagabundierender Potentiale gewinnen, die eigentümlich querliegen zum Spektrum politischer Richtungstraditionen.“ Helmut Dubiel: *Das Gespenst des Populismus*. In: ders. (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1986, S. 33-50, hier S. 47.

## Abwehr des Fremden

Ähnlich frontal wie die Gegenüberstellung von Volk und herrschender Klasse ist die Entgegensetzung der eigenen Gemeinschaft und des „Fremden“. Das Eigene erscheint als vertraut und natürlich, das Fremde als unheimlich. Die durchaus vorhandene Ahnung von den Defiziten und Widersprüchen des Eigenen wird verdrängt, die irritierende dunkle Seite des Eigenen abgespalten und auf das Fremde übertragen. Je weniger die imaginierte Kontrastfolie des Fremden durch gelebte Alltagserfahrungen (der Einkauf beim türkischen Bäcker von nebenan, der Schwatz mit einer libanesischen Mutter, die jeden Tag ihre Tochter im Kindergarten abholt) infrage gestellt und aufgeweicht werden kann, desto entschiedener wird das Negativbild vertreten und zum Syndrom „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“<sup>23</sup> verdichtet. Das erklärt auch, warum ausgerechnet in Regionen, in denen die Zahl von Muslimen verschwindend gering ist, die Angst vor einer Islamisierung besonders zu grassieren scheint.

Was jeweils das Eigene und was das Fremde ausmachen soll, ist durchaus variabel. Das Eigene lässt sich in Kategorien von Heimat, Tradition, Bodenständigkeit, Volk, Deutschland, Europa oder Abendland denken; das Fremde kann als rote Zecke, Jude, Ausländer, Migrant, Asylant,

23 Dieses Konzept wurde von dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer und seinen Mitarbeiter\_innen im Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung entwickelt. Die empirischen Forschungsberichte des einschlägigen Projekts wurden unter dem Titel „Deutsche Zustände“ (Folge 1 bis Folge 10) zwischen 2002 und 2011 im Suhrkamp Verlag (Frankfurt/Main) unter der Herausgeberschaft von Heitmeyer publiziert. Vgl. auch die nachfolgende Publikation aus dem Institut von Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann: *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2011 (<http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>).

Fidschi, Araber oder Neger figurieren. Der namensstiftenden Fokussierung von Pegida auf das von der Islamisierung bedrohte Abendland haftet etwas Beliebtes an. Das wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass mit gleicher Vehemenz auch Klagen gegen die „Lügenpresse“ sowie von außen kommende „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Sozial-schmarotzer“ geführt werden. So heißt es auf einem am 12. Januar getragenen Plakat: „Wirtschaftsflüchtlinge und Volksverräter raus aus Deutschland“. Die kategoriale Benennung eines Sündenbocks wirkt entlastend; sie befreit von möglichen Irritationen durch einen Tatsachenblick, welcher Grautöne und Widersprüche sichtbar machen oder gar Empathie wecken könnte.

Zuweilen wird die Ablehnung des Fremden unverblümt ausgesprochen. Da finden sich Anhänger von Pegida, die vor laufender Kamera darüber sinnieren, welche Seuchen durch Asylbewerber eingeschleppt würden, die meinen, dass die „Neger von da unten“ allesamt zu dumm seien, auch nur eine Schraube einzudrehen, dass Asylbewerber die Kinder von Deutschen zu entführen drohten. Häufiger fallen die Kommentare allerdings vorsichtiger aus, wobei nicht immer ersichtlich ist, ob hier reales Differenzierungsvermögen oder vielmehr der Effekt sozialer Erwünschtheit zum Ausdruck kommt. So wird eine strikte Trennung zwischen den „echten“ und willkommenen Asylbewerbern<sup>24</sup> und den „falschen“ und abzuweisenden Wirtschaftsflüchtlingen vorgenommen. Häufig findet sich auch eine Entlastung heischende Vorrede, man habe überhaupt nichts gegen Asylbewerber und Ausländer, um mit dem dann folgenden „Aber“ die eigentliche Botschaft zu offenbaren, indem etwa eine hohe Kriminalitätsneigung von Ausländern oder die prinzipielle Unfähigkeit von Muslimen behauptet wird, sich in westliche Gesellschaften zu integrieren.

<sup>24</sup> „Solidarität mit bedürftigen Flüchtlingen“ nennt einer der von uns Befragten als Hauptmotiv für seine Beteiligung an Veranstaltungen von Pegida.

Dies illustrieren Aussagen aus unserer Befragung:

„Besonders bin ich gegen die zunehmende Einwanderung von Muslimen. Diese Religion ist definitiv niemals in der Lage, sich zu integrieren, sie ist menschen- und besonders frauenfeindlich, gehört ins Mittelalter und nicht in unser modernes Europa.“

„Der Islam gehört keinesfalls zu Deutschland. Ich habe nichts gegen Kriegsflüchtlinge, doch ich habe was gegen Wirtschaftsflüchtlinge und jene, welche sich hier nicht integrieren wollen. In einigen Städten Deutschlands kommt man sich fremd im eigenen Land vor. Das kann und darf nicht sein. Die Kriminalität steigt und die Politik sieht tatenlos zu. Es reicht!!! Ich brauche keine Verhältnisse wie in Berlin Mohabit (sic!), Köln Kalk oder Essen. Deshalb gehe ich auf die Straße, um diesen Wahnsinn fern von Dresden zu halten.“

Pegida zehrt von allen drei genannten Tiefenströmungen. Es verbindet sie in einer diffus-assoziativen Weise in der Selbststilisierung als einer identitären Gruppe, die sich aus ihrer Opferrolle<sup>25</sup> befreien und Handlungsmacht noch dem Motto entfalten will: Wir sind viele. Wir werden immer mehr. Und wir werden es ihnen zeigen. Dieses Credo, das durch die mediale Überhöhung der Proteste zu einer temporären Selbstberauschung führte (Plakate: „Das System ist am Ende – wir sind die Wende“; „Alle Räder stehen still, wenn UNSER starker Arm es will!“), war letztlich nicht durchzuhalten. Es scheiterte an den Enthüllungen über rechtsradikale Äuße-

<sup>25</sup> Dazu sagte eine Rednerin der Veranstaltung am 5. Januar 2015: „Wir sind die politisch Verfolgten in unserem Land, werden öffentlich beleidigt als Nazis, Faschisten, Ausländerfeinde.“ (eigene Mitschrift). In die gleiche Richtung zielen bestimmte Plakate: „Deutschland – wo Meinungsfreiheit zur Mutprobe wird“ und „Wir lieben unsere Heimat, deshalb nennt man uns Schande für Deutschland“.

rungen und Umtriebe einiger Exponenten von Pegida, an ideologischen Differenzen und persönlichen Eitelkeiten, an der Schizophrenie im Umgang mit den Medien, an dem nachlassenden öffentlichen Interesse und individueller Motivation angesichts der Wiederholung des immer Gleichen, nicht zuletzt auch an der wachsenden Gegenmobilisierung.

Doch die Beruhigung an der Oberfläche bedeutet nicht, dass die seit Jahrzehnten bestehenden Tiefenströmungen an Kraft verloren haben. Unter neuen strukturellen Konstellationen in Verbindung mit aktuellen Anlässen können sie erneut, und durchaus vehementer als im Falle von Pegida, an die Oberfläche drängen und soziale wie politische Erschütterungen auslösen.

#### **4. Was tun?**

Zum Schluss bleibt die ebenso naheliegende wie schwer zu beantwortende Frage: „Was tun?“ Darüber wurde öffentlich viel gesagt und viel gestritten. Hierbei standen die Optionen „Abgrenzung und ostentative Gesprächsverweigerung“ versus „Dialog mit der Teilmenge der gesprächsbereiten Normalbürger\_innen“ im Vordergrund. Die Liste der Politiker\_innen und Kommentator\_innen, die sich jeweils in die eine oder andere Spalte eintragen ließen, ist ungewöhnlich lang; sie signalisiert vor allem die Redundanz, Einäugigkeit und Vordergründigkeit der gewählten Perspektiven. Die Verknüpfung beider Optionen, Dialog mit den Diskussionswilligen bei gleichzeitiger Ächtung der Unverbesserlichen, ist ein richtiger Schritt. Aber auch ein solches Vorgehen bleibt als eine Ad-hoc-Strategie vordergründig, indem es sich auf die Symptome richtet, aber die Ursachen nicht berührt. Vier Vorschläge dazu:

1) Ein erste nützliche, eher wissenschaftlich als politisch ausgerichtete Reaktion ist der genaue, faktenorientierte und empirisch-analytische Blick auf das Phänomen Pegida & Co. Es geht darum, dessen Aufkommen, Attraktivität und Dynamik zu verstehen und dabei, wie hier angedeutet, vor allem auch die Tiefenströmungen zu erfassen. Zuweilen wird ein solcher Versuch des Verstehens als ein Akt der Billigung missverstanden und vorschnell abgewehrt. Das zeigt sich dann

in empirisch haltlosen Zuschreibungen (etwa der Kategorisierung der Pegida-Organisatoren als „Nazis in Nadelstreifen“) oder der summarischen Kennzeichnung der gesamten Anhängerschaft von Pegida als „braunes Pack“ und dergleichen. Etikettierungen dieser Art signalisieren den politischen Standpunkt des Betrachters, aber sie tragen wenig zur Aufklärung bei.

2) Eine zweite Reaktion zielt auf die aktive Auseinandersetzung mit den Sichtweisen und Behauptungen von Pegida & Co. Dazu gehören (a) die Zurückweisung falscher Behauptungen, (b) das Verlangen, diffuse Forderungen zu präzisieren, (c) das Aufzeigen von sozialen Vorurteilen bis hin zum blanken Rassismus, (d) die Durchführung von Gegenprotesten und schließlich (e) die strafrechtliche Verfolgung von Tatbeständen wie zum Beispiel dem der Volksverhetzung. Mit diesen Reaktionsweisen werden (latente) Differenzen innerhalb der Pegida-Bewegung stärker sichtbar gemacht und zugleich Trennungslinien zwischen der Bewegung und ihren Kritikern und Gegnern gezogen. Damit wird die Selbststilisierung von Pegida als die Stimme des Volkes als Phrase kenntlich.

3) Eine dritte Reaktion besteht darin, dass relevante Gruppen in Politik und Gesellschaft eingestehen, Fehler gemacht zu haben. Dazu gehört,

- dass eine wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft zugelassen, teilweise auch aktiv befördert wurde,
- dass politische Partizipation vor allem dort willkommen ist, wo sie sich auf Symbolpolitik oder Nebenschauplätze beschränkt,
- dass rechtsradikale und ausländerfeindliche Tendenzen kleingeredet wurden,
- dass die Illusion gepflegt wurde, solche Tendenzen fänden sich nur rechts der „bürgerlichen Mitte“<sup>26</sup>,
- dass lange geleugnet wurde, Deutschland sei ein Einwanderungsland,
- dass Teile von Politik und Behörden gegenüber ausländerfeindlichen Tendenzen nachgegeben haben bzw. drohenden Konflikten aus dem Weg gegangen sind (etwa durch die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in städtischen Randzonen oder Gewerbegebieten),
- dass die realen Kosten der Asylpolitik nicht offengelegt und selbstbewusst gerechtfertigt werden,
- dass Integration mit Assimilation verwechselt wird und erstere durch eine Reihe von Zuständen und Maßnahmen eher erschwert als erleichtert wird,
- dass Einwanderung vor allem unter dem Aspekt wirtschaftlicher Vorteile begrüßt, legitimiert und kanalisiert wird,
- dass fälschlich der Eindruck verbreitet wird, Deutschland trage die meisten „Lasten“, wenn es darum geht, Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen,

26 Zum Extremismus der „Mitte“ vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig 2014; sowie Andreas Zick und Anna Klein: Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag 2014.

- dass die Europäische Union mehr Maßnahmen ergreift, um Flüchtlinge abzuwehren, anstatt dazu beizutragen, die Situation in den Herkunftsländern positiv zu beeinflussen.

4) Dem Eingeständnis zurückliegender und bis heute anhaltender Fehler und Versäumnisse müssten vor allem *strukturelle* Maßnahmen des Gegensteuerns und der Abhilfe folgen. Es wäre naiv, hier allein auf die Fähigkeit der etablierten Politik zu Einsicht und Selbstkorrektur zu vertrauen. Grundlegende politische Weichenstellungen ergeben sich aus den Verknüpfungen, Konkurrenzen und Kämpfen höchst unterschiedlicher Interessengruppen, die mit unterschiedlicher Organisations- und Konfliktfähigkeit ausgestattet sind. Wer Veränderungen will, muss Einfluss auf die bestehenden Kräfteverhältnisse nehmen. Auf politischer Ebene ringen darum Vertreter dreier Varianten zeitgenössischer Demokratie, wie sie Helmut Dubiel beschrieben hat. Erstrebenswert erscheint mir allein das dritte der nachfolgend beschriebenen Konzepte:

Die *liberale* Variante will „aus einer prinzipiellen anthropologischen Skepsis oder aus einem Mißtrauen gegenüber den Massen das politische System gegen deren Zugriff“<sup>27</sup> weitgehend abschotten. Damit begünstigt sie eine Entwicklung in eine Richtung, die Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet hat.<sup>28</sup> Gemeint ist eine schleichend voranschreitende Entdemokratisierung, während das Gefüge demokratischer Institutionen nur noch als eine leere Hülse fortbesteht. Crouch verweist in diesem Zusammenhang auf den Verfall politischer Kommunikation, den Zuwachs sozialer Ungleichheit (und damit korrespondierender ungleicher politischer Beteiligung) sowie eine neoliberale Wirtschaftspolitik, bei der Unternehmen und Wirtschafts-

27 Dubiel, siehe Fußnote 22, S. 49.

28 Siehe: Colin Crouch: Postdemokratie (orig. 2004). Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008.

verbände zunehmend das Regierungshandeln bestimmen.

Der liberalen Variante stehen zwei konkurrierende Konzepte von „mehr Demokratie“ gegenüber. Das erste ist die (rechts-)populistische Variante. Sie setzt auf eine akklamatorische Form der direkten Demokratie, in der ein authentischer, identitärer<sup>29</sup>, unverfälschter und möglicherweise auch durch starke Führer verkörperter Volkswille zu Geltung kommen soll; sie beinhaltet „eine Strategie der politischen Mobilisierung, die sich der in ethnozentrischen, chauvinistischen und autoritären Einstellungsmustern fixierten Kränkungerfahrungen instrumentell bedient“<sup>30</sup> und deshalb als *reaktionär* bzw. *regressiv* gelten muss. Diese Version haben sich Pegida wie auch das davon abgespaltene Bündnis „Direkte Demokratie für Europa“ zu eigen gemacht.

Die andere Version von „mehr Demokratie“ anerkennt die Divergenzen und Widersprüche innerhalb der Gesamtgesellschaft, ohne deshalb einem naiven Pluralismus anzuhängen, der unterstellt, jedes gesellschaftliche Interesse fände auch die seiner Relevanz und Legitimität entsprechende Vertretung. Diese Version, von Dubiel als *demokratisch-progressiv* bezeichnet, ist eine Lösung, „in der die Träger politischer Willensbildung nicht nur als staatliche Autorität in die Gesellschaft hinein wirken, sondern in nicht-strategischen Absichten Gelegenheiten schaffen für herrschaftsfreie Diskurse“.<sup>31</sup>

Eine Annäherung an das letztgenannte Konzept von Demokratie wird in dem Maße wahrscheinlicher, wie jene vielgestaltigen Kräfte zusammenwirken, die sich den Idealen der Aufklärung und

der Idee einer partizipatorischen Politik verpflichtet wissen. Dazu gehören linke und linksliberale Parteien, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen, die den normativen Gehalt von „zivil“ und „Volksouveränität“ ernst nehmen, sich mit diesen Vorgaben in gesellschaftliche und politische Prozesse einmischen und auf politische Entscheidungsträger Druck ausüben. Die starken Mobilisierungen gegen Pegida wecken Hoffnung. Aber sie bleiben unzureichend, sofern sie lediglich die Konjunktur von Oberflächenphänomenen wie Pegida & Co. reaktiv begleiten und mit diesen wieder abebben.

### Zum Autor

**Dieter Rucht**, Dr. rer. pol.; Professor für Soziologie, war bis zu seiner Emeritierung im Juni 2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Er lehrte bzw. forschte auch in den USA, Großbritannien und Frankreich. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete sind politische Partizipation, Öffentlichkeit, soziale Bewegungen und politischer Protest. Zuletzt erschien von ihm (zusammen mit Donatella della Porta, Hg.): *Meeting Democracy: Power and Deliberation in Global Justice Movements*. Cambridge: Cambridge University Press 2013. Derzeit ist er am Aufbau eines Instituts für Protest- und Bewegungsforschung beteiligt.

29 Der Redner Frank Ingo Friedemann auf der Abschlusskundgebung am 21. Januar 2015: „Alle Völker haben in Europa das gleiche Problem und sprechen eine Sprache!“

30 Dubiel, siehe Fußnote 22, S. 49.

31 Dubiel, ebd.

---

## **Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit dem Jahr 2001 ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotenzials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements und der Entwicklung der Bürgergesellschaft förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wurde 2002 von Dr. Michael Bürsch (†) und Dr. Albrecht Koschützke gegründet. Er ist organisatorisch beim Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung angesiedelt und wird von einer Steuerungsgruppe (Dr. Serge Embacher, Dr. Ansgar Klein, Dr. Susanne Lang, Prof. Dr. Roland Roth, Bettina Luise Rürup) geleitet.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Ergebnisse der Plenardebatten sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert: <http://www.fes.de/buergergesellschaft/>

Die Publikationen sind abzurufen unter [www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) „Analysen – Analysen des Arbeitskreises“ oder [http://www.fes.de/library/ask\\_digbib.html](http://www.fes.de/library/ask_digbib.html).

---

## **Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“**

<http://www.fes.de/buergergesellschaft/publikationen/download.htm#BetrifftBuerger>

- 41 / Pegida & Co. – Aufstieg und Fall eines populistischen Unternehmens, Dieter Rucht
- 40 / Freiwilligendienste zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Gisela Jakob
- 39 / Die Energiewende – eine partizipative Herausforderung, Serge Embacher
- 38 / Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge. Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung, Thomas Röbbke
- 37 / Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter. Verliert die Bürgergesellschaft diejenigen, die über wenig Einkommen und wenig Bildung verfügen?, Johanna Klatt
- 36 / Genossenschaften – Akteure des Markts und der Zivilgesellschaft, Mareike Alscher
- 35 / Stiftungen im Visier der Nationalen Engagementstrategie – Engagementpolitische Erwartungen und sektorale Wirklichkeit, Berit Sandberg
- 34 / Bürgerengagement und demographischer Wandel, Christiane Dienel
- 33 / Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung, Michael von Hauff
- 32 / Entbürokratisierung für die Bürgergesellschaft, Ortlieb Fliedner
- 31 / Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum? Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen, Oliver Fehren
- 30 / Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung, Martin Rüttgers
- 29 / Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft, Lale Akgün
- 28 / Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?, Berit Sandberg
- 27 / Familien und bürgerschaftliches Engagement, Gisela Notz
- 26 / Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Christine Färber
- 25 / Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, Michael Ernst-Pörksen
- 24 / Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Rudolf Speth
- 23 / Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement, Wilhelm Schmidt
- 22 / Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung, Peter C. Dienel. Spanische Version: Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/dienel.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf)
- 21 / Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk, Otto Kentzler
- 20 / Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände, Rudolf Seiters
- 19 / Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe, Barbara Stolterfoht
- 18 / Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen, Dieter Hundt
- 17 / Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16 / Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, Beate Weber

- 
- 15 / Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements**, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14 / Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship**, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: **Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship**. Spanische Version: **La responsabilidad social como estrategia de negocios**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/lang.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf)
- 13 / Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, Wolfgang Hinte
- 12 / Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11 / (K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10 / Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09 / Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, Michael Sommer
- 08 / Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, Jochen Welt, MdB
- 07 / Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, Michael Rogowski
- 06 / Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, Konrad Hummel
- 05 / Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, Wolfgang Thierse, MdB
- 04 / Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart
- 03 / Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02 / Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01 / Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft – Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract – Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, [http://www.nuso.org/upload/fes\\_pub/bursch.pdf](http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf)